

„Hauchdünne“ Chance für den Euro

Unctad-Direktor Flassbeck will höhere Löhne in Deutschland

Börsen-Zeitung, 23.5.2012
tl Frankfurt – Europa sollte das System der US-Notenbank mit ihren zwölf regionalen Distrikt-Notenbanken einführen, um die explodierenden Target-2-Salden in den Griff zu bekommen. Dies hat Hans-Werner Sinn, Präsident des Ifo-Instituts, in einem Vortrag auf dem 7. NPL-Forum der Frankfurt School of Finance & Management vorgeschlagen. Auf diesem Wege könnten die Targetsalden durch marktgängige Wertpapiere, die für die Kredite als Sicherheiten zu hinterlegen wären, zurückgeführt werden.

Sinn zeigte sich davon überzeugt, dass der jetzt eingeschlagene Weg einer Fiskalunion mit Euroland-Bonds und (unbegrenzten) Targetkrediten nicht funktionieren kann. Deutliche Kritik übte der Ifo-Präsident auch an der exzessiven Liquiditätsbereitstel-

lung mit sehr niedrigen Zinsen durch die Europäische Zentralbank (EZB). „Dadurch schlägt die EZB den Interbankencredit in die Flucht. Denn die Geschäftsbanken wollen für ihre Kredite eine Risikoprämie.“

Heiner Flassbeck, Direktor der Unctad, der UN-Organisation für Welt-handel und Entwicklung, stimmte in vielen Punkten mit Sinn überein. Auch er betonte, dass es in der EU eine Zahlungsbilanzkrise gebe und keine Staatsschuldenkrise. Entscheidend seien die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Deutschland auf der einen und den südlichen Ländern inklusive Frankreich auf der anderen Seite. Für das Überleben des Euro sieht Flassbeck nur noch eine „hauchdünne“ Chance: „In Deutschland müssen die Löhne langfristig etwas stärker steigen als in den anderen EU-Ländern.“

Dies müsse mindestens 20 Jahre durchgehalten werden. Für Flassbeck ist aber klar: „Das ist nur durch massive Eingriffe in die Tarifautonomie zu erreichen.“ Die aktuellen Überbrückungsmaßnahmen seien nur dann sinnvoll, wenn dieses Langfristziel klar sei.

Rolf Strauch von der European Financial Stability Facility (ESFS) machte sich für Krisenmechanismen wie der ESFS stark, da sie Anpassungsprozesse in den Krisenländern in Gang setzten. Über Co-Investmentfonds könnten auch private Investoren gewonnen werden. „Es besteht eine Nachfrage von 50 bis 60 Mrd. Euro“, berichtete Strauch aus Sondierungsgesprächen mit Staatsfonds. Die ESFS habe eine solche Lösung implementiert. „Der Einsatz hängt aber von den Ländern ab. Sie müssen den Fonds beantragen.“